PRESSEMITTEILUNG

25.10.2015



Parlamentarische Kontrollkommission zu Reichsbürgern

Am heutigen Tag hat sich die Parlamentarische Kontrollkommission von der Landesregierung zu den sogenannten Reichsbürgern sowohl im Allgemeinen als auch im Hinblick auf die Polizei berichten lassen, teilte der Vorsitzende Markus Kurze mit. Es wurden die anhängigen disziplinarrechtlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit vier bei der Polizei bekanntgewordenen Fällen seitens der Landesregierung dargelegt.

Des Weiteren wurde die Parlamentarische Kontrollkommission davon in Kenntnis gesetzt, dass am 9. und 10. November 2016 im Rahmen einer Tagung eine bundesweite Abstimmung der Vorgehensweise der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder gegenüber den sogenannten Reichsbürgern angestrebt wird.